

St. Bithener Volkszeitung

Grenz-Blatt



Erscheint Mittwochs und Samstags.
Bezugspreis durch die Post oder in der Expedition
abachtet das Vierteljahr 9 Fr., das ganze Jahr 30 Fr.
Ausland: vierteljährlich 1,25 RM ohne Bestellgeld.
Postfach-Konto: Brüssel 108 201; Luxemburg 5313;
Köln 833 78. Handelsregister Nr. 57 54. Telefon 86

Chemals: Kreisblatt für den Kreis Malmédy

Anzeigen kosten die 6gespaltene Zeile (45 mm
breit) 60 Cts., für Inserenten außerhalb der Kantone
St. Bith n. Malmédy die Zeile 70 Cts., Reklame-
zeile innerhalb des Textes 1,50 Fr.
Bei größeren Abhängen Rabatt. Grundschrift: Garmond
Redaktion, Druck und Verlag
von Hermann Döckgen, St. Bith (Eifel).

Nr. 12

66 Jahrgang

Mittwochs-Ausgabe

St. Bith, 11. Februar 1931

Revisionspolitik und ihre Träger

Die geistige und politische Auflockerung des durch die Friedensverträge geschaffenen Zustandes in Europa beginnt bereits in der Praxis des politischen Geschehens wirksam zu werden. Die Zeit ist vorbei, in der man nicht wagen konnte, für die vernünftige Umgestaltung der zerklüfteten Gegenwart als verantwortlicher Politiker einzutreten, ohne daß der Vorwurf neuer Brandstiftung erhoben wurde. Zwar hält man in Frankreich und innerhalb der mit Frankreich verbundenen Staaten der Kleinen Entente offiziell noch an der Unantastbarkeit der Verträge fest. Auch die Regierung Laval hat kürzlich erst wieder nur die Mächte politisch gewissermaßen als salonfähig bezeichnet, die auf dem Boden der Verträge stehen. Die Haltung Englands ist von Zweckmäßigkeitsgründen bestimmt. England sieht die Unhaltbarkeit sehr vieler Friedensbestimmungen ein, gegen deren Verwirklichung sich Lloyd George ja bei den Pariser Vorverhandlungen mit aller Kraft zur Wehr gesetzt hat, es fürchtet aber unabsehbare Folgen von einer Aufrollung der Revisionsfrage. Inzwischen hat sich in die Spalten und Risse der Friedensvertragsbauwerke der Schwamm eingekeilt. Die wirtschaftliche Krise nimmt infolge der Zerrissenheit und falschen Organisation Europas so katastrophale Erscheinungen an, daß man mit Konferenzen und formalen Scheinlösungen, wie Frankreich sie plant, nicht mehr weiter kommt. Frankreich selbst, das bisher von der Wirtschaftsnot völlig unberührt geblieben ist und als Beherrscher der gefüllten Goldtruhen glaubt, Europas Schicksal in Zukunft mit seinen finanziellen Armeen noch leichter beherrschen zu können als bisher mit seiner militärischen Rüstung, beginnt wenigstens die Vorzeichen einer Schicksalsverflechtung mit der gesamteuropäischen Not zu spüren.

Zum Träger des Revisionsgedankens in Europa haben sich vor allem zwei Mächte gemacht, Italien und Ungarn. Italien fühlt sich als Gegenspieler Frankreichs und seiner politischen Beharrungstendenzen, Ungarn dementsprechend als Gegenpieler der in der Linie der französischen Außenpolitik marschierenden Kleinen Entente, die auf dem vulkanischen Boden Osteuropas sich aus Selbsterhaltungstrieb enger und dauerhafter zusammengefunden hat, als die in ihrer ursprünglichen Form der Vergangenheit angehörende Große Entente. Die dritte der eigentlichen Revisionsmächte ist naturgemäß Deutschland. Es ist Italien-Ungarn aber noch nicht gegliedert, Deutschland oder auch nur das im Zwischenfeld stehende kleine Österreich in die gleiche Front zu bekommen. Die Ursachen hierfür liegen in den Revisionszielen und in den Revisionsmethoden. Bei näherer Betrachtung des Revisionsproblems ergibt sich, daß, abgesehen von dem allgemein gehaltenen programmatischen Schlagwort, Deutschland einerseits, Italien und Ungarn andererseits unter Revision sehr viele sehr verschiedene Dinge verstehen.

Italien wünscht eine stärkere Beteiligung an der Siegesbeute. Es wünscht als unmittelbares Ziel Vergrö-

ßerung seines afrikanischen Besitzes auf Kosten Frankreichs. Hiergegen ebenso wie gegen die Stärkung Italiens als Mittelmeeremacht, besonders im östlichen Mittelmeer, hat Deutschland nichts einzuwenden. Aber Italien hat sehr offen durch den Mund Mussolinis bekundet, daß es gar nicht daran denkt, etwa in der Tributfrage dem deutschen Standpunkt entgegenzukommen. Eine etwaige Zukunfts-expansion nach der Schweiz und nach Südfrankreich hin, wie sie aus nationalen Gründen propagandistisch jetzt schon vorbereitet wird, berührt Deutschlands Interesse ebenfalls nicht unmittelbar. Wie verhält sich aber Italien gegenüber der doch außerordentlich naheliegenden Verwirklichung des Revisionsgedankens in Bezug auf das zweifellos deutsche Südtirol? Gewiß handelt es sich hier nicht um eine aktuelle Frage, aber es ist doch nötig, auch auf solche Konkrektisierung des Revisionsgedankens hinzuweisen. In der Abrüstungsfrage ist ebenfalls eine reibungslose Zusammenarbeit aller Revisionsmächte möglich. Aber wie steht Italien zur Neugestaltung der deutschen Ostgrenzen? Hier ist noch keine positive Stellungnahme Italiens zu verzeichnen, wohl aber sehr viele Sympathieumgebungen der italienischen Presse für Polen. Mit Ungarn verbindet Deutschland in erster Linie das gemeinsame Interesse in der Abrüstungsfrage und in der Minderheitenfrage. Immer wieder hat sich auf diesen Gezielen ein fruchtbares Zusammenwirken ergeben. Deutschland wie Ungarn haben ebenfalls ein brennendes, allerdings nicht von vornherein gleichlaufendes Interesse an der Neugestaltung der südost-europäischen Verhältnisse. Auch die Anschlußfrage ist wieder nach Italien noch nach Ungarn hin von Deutschland aus klar zu übersehen. Italien hat früher der Anschlußpolitik sich aufs schärfste, entschieden noch aus Frankreich, widersetzt. Ungarn übt offiziell hier zwar eine große Zurückhaltung. Presse und öffentliche Meinung sind aber durchaus nicht als anschlussfeindlich zu bezeichnen. Der frühere ungarische Minister Dr. Graz, der Vorsitzende des ungarländisch-deutschen Volksbildungsvereins hat im „Pester Lloyd“ kürzlich erst wieder dargelegt, daß man den Ungarn den Zusammenschluß des deutschen Volkes in abwartender Zurückhaltung gegenübersteht, sich allerdings wohl in irgendeiner Form mit ihm abfinden werde. Im „Pester Lloyd“ werden von Zeit zu Zeit außenpolitische Aufsätze führender Staatsmänner veröffentlicht. Der frühere Reichskanzler Dr. Marx hat kürzlich in einem solchen Aufsatz die Korridorfrage im deutschen Sinne erörtert. Das hat in der ungarischen Presse eine Reaktion von befeindlicher Festigkeit hervorgerufen. Der „Pester Lloyd“ hat die Entgegnung eines polnischen Universitätsprofessors veröffentlicht. Andere ungarische Zeitungen haben erwartet, die Polen anzugreifen, weil das „Auswerfen der Revision des Versailler Friedens die Polen unendlich nervös mache und es deshalb nicht opportun sei, sie anzugreifen, wo doch die Revision Trianon die Polen nicht berühre.“ Ebenso wie Italien also nicht die Tributfrage, nicht die Minderheitenfrage, nicht Südtirol meint, wenn es von Revision spricht denkt Ungarn nur an Trianon, nicht an Versailles

oder St. Germain. Von den Gegensätzen hinsichtlich des deutschen Burgenlandes soll gar nicht die Rede sein. In Deutschland wird man auffordern, wenn man die Wärme des Tones hört, mit der ungarische Zeitungen angesichts des Marx-Ausspruches im „Pester Lloyd“ sich für Polens angebliche Rechte auf das Korridor-Gebiet, ja, auf Danzig, eingelassen haben. Deutschland, das infolge seiner besonderen politischen Lage besondere Formen und Methoden für seine nicht minder ernsthafte Revisionspolitik gewählt hat, kennt die Verschiedenartigkeit der politischen Interessen zu gut, um sich auf Geheiß und Verderb an andersgeartete weil anders begründete Wünsche zu binden.

Wie man im Korridor reist

Die Polen bemühen sich, in ihrer gegen die deutschen Revisionsforderungen gerichteten Propaganda, die sogenannte Korridorfrage als eine Verkehrszuge und in dieser Form als gelöst hinzustellen. Der gegebene Umsteigeknotenpunkt für die Verbindungen von Berlin nach Ostpreußen einerseits, Danzig und den Länien im südlichen Teil des Weichsel- und Neugebietes andererseits ist Dirschau. In Dirschau ist aber das Ein- und Umsteigen verboten. Der Reisende muß, wenn er z. B. nach Danzig fahren will, zunächst bis Marienburg fahren, dort umsteigen und dann über Dirschau zurück nach Danzig, d. h. er muß sechs Staatsgrenzen überqueren. Wer gar von Hinterpomern nach Poppo will, muß zunächst über Poppo hinausfahren, durch Danzig und Dirschau nach Marienburg und dann umsteigenderweise zurück nach Marienburg über Dirschau und Danzig nach Poppo. Er muß also statt 50 km im „unbehinderten Korridorverkehr“ 174 km zurücklegen. Das sind sprechende Beispiele für die Zweckmäßigkeit der Korridorregelung.

Die polnische Schmach.

Furchtbare Folterung der verhafteten Ukrainer.

Der Nationalrat der ukrainischen Minderheit in Polen hat dem Völkerbund eine neue umfangreiche Beschwerdeschrift eingereicht, in der 183 namentlich angeführte Fälle von neuen Gewalttaten der polnischen Behörden gegen wehrlose Ukrainer dargestellt werden.

Bezeichnenderweise sind noch während der Verhandlungen in Genf und in der darauffolgenden Zeit neue „Strafexpeditionen“ durch polnische Ulanen und Gendarmen durchgeführt worden. Gegenüber den Versprechungen des polnischen Justizministers ist die Lage der 200 jugendlichen Gefangenen im Festungsgefängnis von Łódź in keiner Weise gebessert worden. Die Gefangenen, die sämtlich im jugendlichen Alter von 16 bis 24 Jahren stehen, werden dort seit über zehn Wochen festgehalten, ohne mit ihren Rechtsvertretern die Verbindung aufnehmen zu dürfen.

Man hat die Gefangenen durch die furchtbarsten Foltern zu „Geständnissen“ zwingen wollen. Während man die männlichen Gefangenen durch gewaltsames Eingießen von Wasser und Petroleum und durch Ausnuten peinigete, wurden die weiblichen Inhaftierten fast durchweg verge-

Rußland zerstört die Märkte

Holzdumping und Sklavenarbeit

Von Hans vom Bach

Bei aller Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsverhältnisse und -formen in den europäischen und amerikanischen Ländern gibt es heute ein wirtschaftspolitisches Moment, das überall das gleiche Interesse, überall die gleiche Besorgnis findet: Das russische Dumping, der Schleuderexport der Sowjetunion, der in der Zeit der Krise die Nervosität des Weltmarktes und der Binnenmärkte bis zum Untraglichen steigert. Der Sowjetunion wird vorgeworfen, sie biete in unfairer Weise Rohstoffe und neuerdings auch Fertigwaren weit unter den russischen Inlandspreisen und Herstellungskosten im Auslande an und schädige so die Wirtschaft der betroffenen Länder auf das Schwerste. Und das, obgleich ein großer Teil der Waren keinesfalls aus Ueberschüssen herrühre, sondern, wie bei Getreide und anderen Lebensmitteln, seiner hungernden Bevölkerung brutal entzogen werde.

In den Vordergrund dieser Erscheinungen hat sich in der letzten Zeit das russische Holzdumping gehoben. Unter der gesteigerten Holzeinfuhr aus Rußland leidet vor allem die deutsche Forstwirtschaft, und hier am stärksten die des deutschen Ostens. Steigende Arbeitslosigkeit unter den Holzfällern und Waldbearbeitern ist ihr sichtbarster Ausdruck. Einige Zahlen mögen die Bewegung des Holzhandels Rußlands mit uns klarstellen. Bei einer Minderleistung des deutschen Inlandsverbrauchs im Jahre 1930 gegen 1929 um volle 40 Prozent und einem Sinken der ausländischen Einfuhr von 14,6 auf 11,4 Millionen Festmeter stieg die russische Holzeinfuhr entgegen der aller anderen Staaten nicht nur prozentual, sondern sogar absolut, und zwar von 2,089 Millionen Festmeter auf 2,663 Millionen Festmeter. Infolge der russischen Unterbietung sanken die Holzpreise um 20 bis 25 v. H. im Laufe des vergangenen Jahres. In den letzten Jahren konnte die Sowjetunion ihre Holzexporte fast auf das Doppelte

heben; 1928: 5,5, 1929: 7,9, 1930: 10,5 Millionen Festmeter. Wie sehr Rußland noch seine Holzexporte forcieren kann, erhellt daraus, daß die Fläche der Forsten in der gesamten Sowjetunion nach den letzten Angaben mit 618 Millionen Hektar berechnet wird, das bedeutet nicht weniger als 40 v. H. der gesamten Waldfläche der nördlichen gemäßigten Zone.

Man fragt mit Recht, wie es den Russen möglich ist, das Holz zu einem so außerordentlich niedrigen Preise auf den Markt zu bringen. Die Gründe liegen zum Teil in der eigentümlichen Struktur der kommunistischen Wirtschaft. Die Rentabilität der Ausfuhr jeder einzelnen Warenart ist bei einem Außenhandelsmonopol, wie die Union es hat, nicht unbedingt erforderlich. Außerdem befindet das Land sich in einer Inflationsperiode, die einen Vergleich des Wertes russischen Geldes mit ausländischen Devisen nicht zuläßt. Rußland braucht aber Devisen um jeden Preis, um Maschinen und andere Dinge im Auslande kaufen zu können, die es unbedingt zur Durchführung des Fünfjahresplanes benötigt.

Der Hauptfaktor aber, der Rußland das billige Angebot ermöglicht, ist die Tiefe des Lohnes für die Waldbarbeiter und Holzfaller. Die Ausbeutung der riesenhaften Waldbestände in Sibirien, dem Ural, vor allen Dingen in dem europäischen Nordrußland wird in härtester Fronarbeit von der örtlichen Bevölkerung und den verschickten politischen Gefangenen besorgt. Ohne jede Geldentschädigung, nur gegen notdürftigste Nahrung, Wohnung und Kleidung müssen jene Sklaven des Sowjetismus, „Klassenfeinde“, Stimmlose und Auslaken, das Holz in jenen unwirtlichen Zonen fällen, zubereiten und an die Transportstränge bringen. Mitte Dezember 1929 verfügte Kalinin, daß alles darangelegt werden müsse, das Holz an die erste Stelle der russischen Ausfuhr zu bringen. Der Einfluß sei darum mit allen Mitteln zu steigern, aber die Kosten müßten um wenigstens 37 v. H. gesenkt werden. Am 15. Februar 1930 forderte er die Dorrowsjets der Waldbgebiete auf, die Bauern zur Holzfällerarbeit heranzuziehen. Als mit diesen Mitteln trotzdem nicht das ge-

wünschte Ziel erreicht wurde, wurde die Verschärfung von 900 000 geeigneten Arbeitern aus der Sowjetunion zum Norden befohlen. Als besonders geeignet fanden die nachgeordneten Sowjets die politisch Zweitklassigen, vor allem die durch ihre Tüchtigkeit zu „Kulaken“ gestempelten Bauern, die sich bisher der Landwirtschaft der Kollektive entzogen hatten. Gerade die deutschen Siedler in Rußland haben sich wegen ihres Fleißes und ihrer Tüchtigkeit über das Normalniveau der russischen Aderwirtschaften entwickelt und sind darum in erhöhtem Maße dem Auslaken, der Stimmlosigkeit, der vollkommenen Entrechtung verfallen.

Zu Hunderttausenden wurden diese politischen Sträflinge in das Waldgebiet verschickt. Die Angaben über die Zahlen schwanken, es sollen allein über 50 000 Deutsche darunter sein. Die Sowjetbehörden gaben als Arbeitspensum eine tägliche Leistung von 5 Festmetern je Arbeiter auf, tatsächlich wurden aber zuerst nur 2 Festmeter geleistet. Als alle Drohungen die Produktion nicht hoben, wurden aus den Komjagern, den roten Junggardisten, geeignete Leute als Aufsichtsbeamte ausgewählt und zur Kontrolle in die Lager geschickt. Der rührigen Tätigkeit dieser heruntergekommenen Burjaken gelang es sehr bald, die Leistung auf 4-6 Festmeter je Mann und Tag zu heben.

Es fällt nicht schwer, sich ein Bild von der Art der Kontrolle jener Junggardisten zu machen, denen eine unbeschränkte Kommandogewalt über die Arbeiter zugestanden wurde. Sie entspricht durchaus der unmenschlichen Verschärfungsmethode jener Unglücklichen in den Norden durch die Behörden. Die Berichte, die aus den Lagern zu uns dringen, sind erschütternd. Einige Bruchstücke aus solchen Briefen und Aussagen: „... in der Nacht überfallen... in geschlossenen Viehwagen abtransportiert bei 30 Grad Kälte... Als Nahrung bekommen wir 200 Gramm Schwarzbrot... Die Behandlung ist unmenschlich.“ Ein weiteres Bruchstück eines Briefes: „Man hat die Menschen fortgebracht. Wohin? Ihr kennt doch die Steinflüße! Dort hat man sie vorläufig abgeladen, entblößt von allem,

Gegenüber der Beschwerde der ukrainischen Minderheit wirkt der tendenziöse Bericht Jalefs über Genf im auswärtigen Ausschuss in Warschau am 5. Februar geradezu hilflos, worin er u. a. sagt: Ein großer Teil der deutschen Presse, gereizt durch die Verminderung des politischen Besitztandes in Polen habe eine gewaltige und sogar lügenhafte Propaganda begonnen, indem sie den Wahlmiserfolg der deutschen Minderheit durch einen angeblich organisierten Terror, wie auch durch Verführung der Behörden, die eine freie Meinungsäußerung unmöglich machten, zu erklären versucht habe.

Rom, 7. Febr. Französische Truppenübungen, die vor einigen Tagen in Savoyen in unmittelbarer Nähe der italienischen Grenze begonnen haben, rufen in Italien Mißstimmung hervor. „Giornale d'Italia“ schließt seinen Bericht über den bisherigen Verlauf dieser Winterübungen mit der Bemerkung, daß der französische Generalstab der italienischen Grenze immer größere Bedeutung beimesse. Bereits im letzten Sommer seien unter einem großen Aufgebot von Alpenjägern und Hunderten von Tausend in Savoyen Manöver abgehalten worden. Das Blatt erinnert ferner an die vor kurzem abgebliebenen französischen Flottenmanöver zwischen Korsika und der französischen-italienischen Grenze und schließt, diese Rührigkeit bedeute auf keinen Fall Abrüstung, vor allem nicht moralische Abrüstung, sondern im Gegenteil einen Alarmzustand, der durch nichts erklärt und noch weniger gerechtfertigt werden könne.

Washington, 8. Febr. Der Präsident des amerikanischen Federal Farm Board, Vegge, erklärte unter Hinweis auf eine amtliche sowjetrussische Veröffentlichung über Getreideausfuhr, daß die Sowjets im Begriffe stünden, eine vorherrschende Stellung auf dem Weltgetreidemarkt zu erringen. Die amerikanischen Farmer könnten ihnen auf diesem Gebiete ebensowenig Konkurrenz machen wie dem argentinischen und dem australischen Getreide, dessen Beförderung nur geringe Kosten verursache. — Mc Leodie, Mitglied des Federal Farm Board, gab der Meinung Ausdruck, daß Rußland auf seinem ungeheuren, jungfräulichen Boden viele Jahre lang beträchtliche Getreidemengen ohne nennenswerte Arbeitsunkosten erzeugen könne.

Die von Marconi erbaute Radiostation des Vatikans hat den Probeverkehr mit verschiedenen europäischen Stationen ausgenommen und auch gelungene Uebernichtungsversuche mit einer nordamerikanischen Station gemacht. Sie wird am 12. Februar nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr vom Papst in feierlicher Sitzung dem Verkehr übergeben. Senator Marconi wird aus diesem Anlaß zum Mitglied der Päpstlichen Akademie ernannt werden, die nach Eröffnung der Radiostation zu einer Sitzung zusammentritt. Die ganze Sitzung, die mit einer Rede Marconis beginnt und mit einer Schlussansprache des Papstes endigt, wird über die Radiostation des Papstes weitergegeben. Die Radioempfänger werden so zum erstenmal einer Ansprache des Papstes beiwohnen können. Ob der Papst auch bei der Einweihung der Radiostation selbst sprechen wird, ist noch fraglich.

Wien, 7. Febr. Der Sachverständige des Völkerbundes für die geplante Kalenderreform, Direktor Cozworth, hat hier in einer interministeriellen Konferenz über den gegenwärtigen Stand der Kalenderreform berichtet, zu der im Oktober d. J. in Genf eine internationale Regierungskonferenz endgültig Stellung nehmen soll. Der Grundgedanke dieser Reform ist, an Stelle des für eine hochentwickelte Welt seinerzeit eingeführten Gregorianischen

Noch deutlicher und ergreifender als diese Berichte von deutschen Stedlern aus den russischen Dägern, die selbstverständlich ohne Jenjur durch die Sowjets die Union verlassen haben, sind die Aussagen der Flüchtlinge. Die Russen haben lange versucht, die wahren Zustände vor der Oeffentlichkeit zu vernebeln. Und man hat auch die Berichte der ersten Flüchtigen mit Skepsis aufgenommen. Mit der Zeit aber, als immer mehr flohen und sich vornehmlich in Finnland sammelten, als deren Schilderungen

Kaiserslautern, 6. Febr. Die wachsame und sehr agile Polizei der Pfalz ist infolge monatelangen Zusammenwirkens in diesen Tagen umfangreicher politischer Umtrieben ehemaliger Separatisten auf die Spur gekommen. Es ist infolgedessen in einer Reihe pfälzischer Städte eine große Anzahl von Personen verhaftet worden. Die Polizei glaubt damit den ersten Kreis der Personen ermittelt zu haben, welcher im Zusammenhang mit Franzosen die Bestrebungen der Separatisten aus dem Jahre 1923 erneut aufgegriffen hat. Die Franzosen juchen die vielfach in das Elsass geflüchteten ehemaligen Separatisten wieder nach Deutschland zu dirigieren, um durch sie Stützpunkte für separatistische Umtriebe zu schaffen und auf diese Weise den separatistischen Gedanken im pfälzischen und rheinischen Volk wach zu halten.

Aus den Feststellungen der Polizeibehörden der verschiedensten an der Untersuchung der Angelegenheit beteiligten Stellen ist hervorzuheben, daß die führenden Mitglieder der Liga sich zur Zeit der letzten Reichstagswahl klar geäußert haben, ihre Gewinnungsgenossen warteten nur darauf, daß die Nationalsozialisten in Deutschland das Regiment in die Hände nehmen. Das bedeute für sie eine Gefährdung des Versailler Vertrages und gebe Frankreich das Recht, in das Rheinland wieder einzumarschieren. Mit diesen Gedanken wurde bei den im Dienste der Liga stehenden ehemaligen Separatisten die Hoffnung auf neue günstige Zeiten und die Erringung der Herrschaft im Rheinlande bzw. auf den Sieg des Separatismus, das heißt die Abtreuung der Pfalz und des Rheinlandes vom Reiche, gemedelt.

— Der Reichserzbischof heimattreuer Hultschiner, Ortsgruppe Ratibor, hat an den Völkerverband ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Der Verband weist am 11. Jahrestage der Befreiung des Hultschiner Landbezirks, auf das dem ohne Abstimmung abgetrennte Gebiet zugefügte Unrecht hin und bittet um nachträgliche Gewährung des Selbstbestimmungsrechts.“ Gleichzeitig protestiert die Vereinigung gegen die Nichteinhaltung des Minderheitenschutzes für die deutsche Bevölkerung durch die Tschechoslowakei und macht auf den in diesem Gebiet noch herrschenden Ausnahmezustand aufmerksam.

Es ist bezeichnend, daß gerade die Gegner der Sklaverei den Fall aufgreifen, aber es ist durchaus nicht falsch. Denn etwas anderes als Sklaven, als rechtlose Arbeitsstiere sind jene Hunderttausende verschütteter Waldarbeiter und Holzfäller nicht. Aus ihrer Fronarbeit schafft der Staat der nicht nur von Kommunisten gerne mit dem Paradiese verglichen wird, sich die Mittel zur Beunruhigung der Weltwirtschaft. Er erreicht auf diese Art und Weise zweierlei: das Geld zum inneren Aufbau Rußlands und zur Festigung des Sowjetsystems einerseits, andererseits Arbeitslosigkeit in den Kundenländern und somit Radikalisierung der Arbeiterschaft und Verbreitung kommunistischer Ideen unter ihnen. Diese Ziele sind es den Sowjetmachthabern schon wert, um ihretwillen ein für Rußland so wichtiges Produkt, wie das Holz es ist, zu verschleiern.

Moralische, wirtschaftliche und staatspolitische Gründe aber zwingen uns, alle Mittel der Handelspolitik anzuwenden, um uns das russische Mordholz vom Leibe zu halten.

Rom, 7. Febr. Der frühere Ministerpräsident und Senator Tittoni ist heute im Alter von 75 Jahren an den Folgen einer Grippe gestorben.

— In der Kammer wurde an den Kriegsminister die Frage gestellt, woher es komme, daß eine größere Zahl flämischer Militärpflichtigen in walsche Regimenter eingestellt worden seien, so u. a. in Lüttich. Ein katholischer Abgeordneter wies darauf hin, daß die Einrichtung flämischer und walscher Regimenter nicht allein nötig gewesen sei mit Rücksicht auf die Sprache der Militärdienstpflichtigen, sondern auch, um soviel wie möglich die jungen Soldaten gegen die Gefahren der Kajere zu schützen. Nach einer geleblichen Bestimmung solle der Soldat in seiner Heimatprovinz eingestellt werden. Dem Gesetze werde aber nicht nachgegeben, wenn in Lüttich 300

flämische Soldaten aus dem Bezirk Brüssel eingezogen seien. Die französischen sprechenden Flamen würden nicht in die Wallonie geschickt, weil man in Flandern französische statt flämische Regimenter einrichten wolle. Der Kriegsminister erwiderte, daß nach dem Geheiß die Eingezogenen in ihrer Provinz eingestellt werden sollen, wenn die Kasernen sie aufnehmen können. Wenn aber nicht genügend Raum vorhanden sei, müßten die Soldaten in die nächste Provinz geschickt werden. In den beiden Flandern seien 7000 Soldaten mehr, als dort untergebracht werden können. Die nach Lüttich geschickten Flamen bildeten dort zwei flämische Bataillone. Dem Geheiß solle entsprochen werden wo es möglich ist. Mit Bezug auf die Bestellungen von Flugzeugen, die eine Interpellation in der Kammer hervorgerufen hatte, wurde eine einfache Tagesordnung angenommen, wodurch der Regierung Vertrauen ausgesprochen wird. Darauf wurde der Etat des Ministers für Handel und Arbeit weiter beraten, wobei eine Reihe von Wünschen vorgetragen wurde. Arbeitsminister Heynning auf eine Reihe von Fragen und Beschwerden einleitend, die in den letzten drei Sitzungen bei Beratung seines Etats laut geworden sind. Er wies darauf hin, daß z. Bt. nur noch besondere Facharbeiter aus dem Auslande zugelassen werden. Wenn bemängelt worden sei, daß am Albert Kanal 836 Belgier und 194 Deutsche beschäftigt werden müsse er mittheilen, daß bei der öffentlichen Anforderung von Arbeitern zur Herstellung der Tunnel sich nur wenige belgische Arbeiter gemeldet hätten und sei man infolgedessen auf ausländische Arbeiter angewiesen gewesen; von diesen hätten inzwischen das Land wieder verlassen. Die 194 Deutsche am Kanal seien alle Spezialisten. In Flandern werde in den Schulen der technische Unterricht verflämlicht. Mit dem Achtfundentag solle man nicht streng sein; wenn dringende Arbeiten vorliegen, soll nur den Arbeitgebern auch gestatten ihr Personal mehr von 8 Stunden am Tage zu beschäftigen. Wegen der Giftgas im Maastal habe er je einen Ingenieur nach Deutschland und nach Holland entsandt, um die dortigen Verhältnisse der betr. Fabriken kennen zu lernen. Nächste Sitzung heute Dienstag.

— Im Senat kam eine Interpellation zur Be-
trachtung betr. die Nord- und Südbahnverbindung in Brüssel. Von
den Befürwortern derselben wurde betont, daß die Her-
stellung derselben unbedingt notwendig sei. Auch werde
durch die Ausführung große Arbeitsgelegenheit geschaffen.
Werde die Verbindung nicht hergestellt, dann müßte der
Staat den früher enteigneten Eigentümern ihre Grund-
stücke zurückgeben. Ein Gegner meinte, es sei gefährlich,
die Tunneln für die Bahn herzustellen. In der Sitzung
am Donnerstag wurde die Beratung fortgesetzt, die heute
Dienstag zu Ende kommen soll.

— Eine Ausgabe neuer Briefmarken mit dem heraldischen Löwen soll demnächst erfolgen.

— Die belgische Kauffahrteiflotte zählte am 1. Jan. 1913 insgesamt 161 Schiffe mit einem Netto-Tonnengehalt von 362 701 und 529 676 Tonnen Brutto. Unter den Schiffen sind 140 Dampfschiffe. Im letzten Jahre gingen 9 Schiffe verloren.

— (Die Heeresuniform.) Eine für die Offiziere entworfenene neue Galauniform scheint nicht besonders zu gefallen. Es hieß auch, daß das Tragen derselben nicht verpflichtend sein soll. Ein Erlaß des Kriegsministeriums vermeldet jedoch, daß der königliche Befehl betr. der Uniform in Königsblau unwiderruflich sei. Der Minister hat ferner bestimmt, daß die Khasi-Uniform der Unteroffiziere aus besserem Tuch hergestellt werden soll, als die der gewöhnlichen Soldaten. Auch sollen die Epaulettten mit Ornamenten verziert werden.

— Brüssel im Dunkeln. Die Vereinigung der Hotel- und Restaurantbesitzer sowie die großen Geschäftshäuser beschloßen, eine Protestbewegung gegen den hohen Lichtstrom ins Werk zu setzen. In Brüssel kostet die Kilowattstunde 2,85 Fr., auf dem Lande 1,50. Die Teilnehmer an dieser Aktion verpflichten sich, möglichst wenig Licht zu verbrauchen und die Schaufensterbeleuchtung und Lichtreklame solange einzustellen, bis eine Herabsetzung des Preises erfolgt.

— (Die Weltausstellung 1935 in Brüssel.) Der Verrichtungs-Kommissar für die Ausstellung, Prinz von Merode-Westerloo, ist von seinem Amte zurückgetreten, weil, wie er erklärte, glaubt, im Hinblick auf die wirtschaftliche Krisis, nicht länger mitarbeiten zu können an dem großen Abenteuer von 1935. Er hält es nicht für angängig, das unter den heutigen Verhältnissen Staatsmittel in Anspruch zu nehmen und andererseits dürfe man auch Handel und Industrie die großen Ausgaben nicht aufbürden, die eine Ausstellung verursacht, insbesondere nachdem sie eben eingetaut hätten was sie konnten, bei den Jahshunderttausenden in Antwerpen und Lüttich.

— Minister Jasp ar ist an Grippe ernstlich erkrankt, doch besteht keine Lebensgefahr. Vorläufig kann kein Rede davon sein, daß der Minister das Zimmer verläßt.

— (Um die Land-
kammer stimmte den
Landesverteidigung zu
sich mit einem andern

— (Billige Wohnungen war die Aufmerksamkeit vorgesehen. Die noch um 100 Millionen

minister einverstanden
— Der Herzog
Königs von Belgien
Cannes.

— Des Todes des
Senat wie in der R
einem Minister in eh
gedacht.

98

— (Das Erdbeben
Meldungen scheint he-
opfer bei dem Erdbe-
angenommen. Die
in S a s t i n g s Schäge
Stadt auf mehr als
Trümmern liegen.
Verbindungen noch
soll die Zahl der To-
neinen Stadt Tar-
Personen umgekommen
Freien. Es herrscht
Sachsummer! Die
schen Leistungen sind
Stöße wurden versp-
— (Deutschland

von der Deutschen Marine
Nationale de Navigation
große Tonkiff M

große Lanttschiff „V
ferungsprobefahrt v
Reparationskonto zu
als freies Abkommen
französischen Reeder
dampfer „Nivose“ i
Werft für die franzö
— (Rastatter Bi

Einwohner von Ra

„Stadtförch“, dem
baut, weil das alte
Sturm zerstört hat
ein mit Reißig beleg
wurde eine Blechh
einem großen Teil
tungsursunde sowie
untergebracht wurden
gens 20 Zentner wog
und ein paar — Rind
und die kleinen Rind
anderen Verlaubar

London, 6 Fe
einer der größten der
Diamantengräbern i
sich monatelang ver
Pfennige verzehrt, a
Der Stein ist der gr
wurde.

Die Halbe

40 Fortsetzung

„Hören Sie den
Wort ab. „Sie hö
von Ihrem traurige
Ich hatte mich hint
erwartete den Be
genossen. Das Ers
gesehen. Die treibe
sind Sie gewesen!

ihre Kleider unter d
Brigitte streifte
stand in ihrem dü
aufeinandergepreßte
Sie litt furchtb
streifte sie. Aber er
Eben regte sich d

„Schließen Sie
damit der Mensch
gitter zu, die stumm
Schon öffneten
er umher. Sein V
sich zu dem Sohne
mißglückt war.

Er sezte sich h
böse. Beide Hände
Schläfe, hinter den
Schmerzen rumorte
Er verhielt sich
Seine Frau sa
„Löpsel, das G
zu leugnen, der M
Ihr Haupt mach

berpräsidenten
Regierungspräsi-
dentschrift über die
berbreiteten.
des sozialistischen
in Karlsruhe
tätigen Par-
fahren eröffnen
seines Amtes
ner Verlautba-
in dem Ver-
das Wohl der

erpräsident und
75 Jahren an
Kriegsminister
eine größere Zahl
legimenter einge-
Ein katholischer
Einrichtung flä-
ein nötig gewese-
Militärdienstpflich-
möglich die jungen
erne zu schützen.
e der Soldat in
n. Dem Gelehe
in Lüttich 300
griffel eingezogen
men würden nicht
andern französische
lle. Der Kriegs-
die Eingezogenen
wenn die Kaiser-
nicht genügend
aten in die nächste
en Flandern seien
bracht werden kön-
men bilden dort
ge solle entsprochen
auf die Befehlungen
in der Kammer
Tagesordnung
Vertrauen ausge-
des Ministers für
bei eine Reihe von
tsminister Heyman
d Beschwerden ein-
beratung seines Etats
hin, daß 3. Jt. nur
Auslande zugelassen
ei, daß am Albert-
geheftigt werden,
tlichen Anforderung
mele sich nur wenige
d sei man in Folge-
viesen gewesen; viele
d wieder verlassen.
ie Spezialisten. In
technische Unterricht
g solle man nicht zu
vorliegen, soll man
Personal mehr wie
Wegen der Giftgas-
neur nach Deutschland
dortigen Verhältnisse
en. Nächste Sitzung

pellation zur Bespre-
dung in Brüssel. Von
betont, daß die Her-
dig sei. Auch werde
gelegenheit geschaffen.
teilt, dann müßte der
ntkürnen ihre Grund-
inte, es sei gefährlich.
In der Sitzung
g fortgesetzt, die heute
marken mit dem Heral-
en.
tte zählte am 1. Jan.
einem Netto-Tonnen-
Tonnen Brutto. Unter
fe. Im letzten Jahre
für die Offiziere ent-
nicht besonders zu ge-
gen derselben nicht ver-
des Kriegsministeriums
ische Beschluß betr. der
stlich sei. Der Minister
Uniform der Unteroffi-
werden soll, als die der
len die Epaulettten mit
Die Vereinigung der
ie die großen Geschäfts-
egung gegen den hohen
in Brüssel kostet die Rilo-
ande 1,50. Die Teil-
ten sich, möglichst wenig
ausfensterbeleuchtung und
bis eine Herabsetzung
in Brüssel.) Der Regie-
ung, Prinz von Merode
zurückgetreten, weil er
lid auf die wirtschaftliche
zu können an dem großen
nicht für angängig, dafür
Staatsmittel in Anspruch
e man auch Handel und
nicht aufbürden, die eine
dere nachdem sie eben erst
i den Jahrtausendtausend-
h.
r Grippe ernstlich erkrankt,
r. Vorläufig kann keine
lister das Zimmer verläßt.

Der frühere Kultusminister Hubert starb vor eini-
gen Tagen in Brüssel. Er war, bevor er Kultusminister
wurde, Professor an der Universität Lüttich.
Der Verwaltungsrat der Eisenbahnen beschloß, von
den für den Betrieb vom 1. April bis 30. September be-
nötigten Kohlen rund eine Million Tonnen belgische Koh-
len zu bestellen. Auch sollen größere Mengen eiserner
Schwellen für dieses Jahr bestellt werden; ferner sollen
1000 Sturzwagen für die Industrie beschafft werden.
Die Völkerbundsunion hält vom 13. bis 15. Febr.
in Brüssel eine Tagung, an der zahlreiche Persönlichkeiten
aus allen Ländern teilnehmen werden. Zur Beratung
kommen verschiedene Fragen internationaler Art.
(Um die Landesverteidigung.) Die Kommission der
Kammer stimmte den Krediten von 300 Millionen für die
Landesverteidigung zu. Die Regierung ließ mitteilen, daß
sie mit einem andern Vorschlage kommen wolle, demzufolge
für die Befestigungsarbeiten nur 150 Millionen verlangt
werden und die weiteren 150 Millionen zur Ausführung
öffentlicher Arbeiten durch Erwerbslose Verwendung finden
sollen. Die Pläne sollen in Kürze mitgeteilt werden. Der
Gesamtbetrag des außerordentlichen Etats wird unverän-
dert bleiben.
(Billige Wohnungen.) Zum Bau billiger Woh-
nungen war die Aufnahme einer Anleihe von 250 Milli-
onen vorgesehen. Die Kommission beschloß, diese Summe
noch um 100 Millionen zu erhöhen, womit sich der Finanz-
minister einverstanden erklärte.
Der Herzog von Vendome, der Schwager des
Königs von Belgien, starb im Alter von 59 Jahren in
Cannes.
Des Todes des Herzogs von Vendome wurde im
Senat wie in der Kammer von den Vorstehenden und je
einem Minister in ehrenden Worten für den Verstorbenen
gedacht.

Vermischtes.

(Das Erdbeben in Neuseeland.) Aus den letzten
Meldungen scheint hervorzugehen, daß die Zahl der Todes-
opfer bei dem Erdbeben viel größer ist, als ursprünglich
angenommen. Die staatlichen und städtischen Bewohner
in Hastings schätzen die Zahl der Todesopfer in dieser
Stadt auf mehr als 100, von denen viele noch unter den
Trümmern liegen. In Napier, mit welcher Stadt die
Verbindungen noch nicht wiederhergestellt worden sind,
soll die Zahl der Toten weit über 100 betragen. Aus der
neuen Stadt Taradale wird gemeldet, daß dort 80
Personen umgekommen sind. Die Bevölkerung schläft im
Freien. Es herrscht allerdings in Neuseeland gegenwärtig
Hochsommer! Die Telegraphen und die anderen elektrischen
Leitungen sind nicht in Stand gesetzt. Einige weitere
Stöße wurden verspürt.
(Deutschland baut für Frankreich Schiffe.) Das
von der Deutschen Werft in Hamburg für die Compagnie
Nationale de Navigation, Paris, erbaute 13 300 Tonnen
große Tankschiff „Nivoje“ hat die Bauwerft zur Ablie-
ferungsprobefahrt verlassen. Das Schiff ist nicht über
Reparationskonto zu liefern, vielmehr ist der Bauvertrag
als freies Abkommen zwischen der Deutschen Werft und der
französischen Reederei abgeschlossen worden. Der Tank-
dampfer „Nivoje“ ist der dritte Neubau der Deutschen
Werft für die französische Reederei.
(Rastatter Bürger bauen ein Storchennest.) Die
Einwohner von Rastatt (Baden) haben kürzlich ihrem
„Stadtsdorf“, dem Meißler Aldebar, ein neues Nest ge-
baut, weil das alte — ein Wahrzeichen der Stadt — ein
Sturm zerstört hatte. Nach Art der Väter benutzte man
ein mit Reisig belegtes Wagenrad, und in der Radnabe
wurde eine Blechbüchse niedergelegt, in welcher eine von
einem großen Teil der Bürgerschaft unterschriebene Stif-
tungsurkunde sowie zwei Zeitungen vom gleichen Tage
untergebracht wurden. In dem zerstörten Nest, das über-
gens 20 Zentner wog, wurden u. a. eine Menge Strümpfe
und ein paar — Kinderschuhe gefunden. Der Klapperstorch
und die kleinen Kinder scheinen danach also doch entgegen
anderen Verlautbarungen in enger Beziehung zu stehen....
London, 3 Febr. Ein Diamant von 200 Karat,
einer der größten der Welt, wurde am Samstag von zwei
Diamantengravern in Westtransvaal entdeckt. Sie hatten
sich monatelang vergeblich bemüht und gerade ihre letzten
Kräfte vergeht, als sie auf den kostbaren Fund stießen.
Der Stein ist der größte, der je in diesem Gebiet gefunden
wurde.

Die häßliche Brigitte Hellmer

Familienroman von Anny von Panhuys
40 Fortsetzung Nachdruck verboten

„Hören Sie den Wind!“ schnitt ihr Jürgen kurz das
Wort ab. „Sie hören doch, wir waren bis aufs kleinste
von Ihrem traurigen, erbärmlichen Vorhaben unterrichtet.
Ich hatte mich hinter dem großen Schrank verborgen und
erwartete den Besuch von Ihnen und Ihrem Mord-
genossen. Das Erscheinen Ihres Sohnes war unvorher-
gesehen. Die treibende Kraft in der häßlichen Geschichte
sind Sie gewesen! Fräulein Brigitte trägt nicht umsonst
ihre Kleider unter dem Nachthemd.“
Brigitte streifte erst jetzt das weiße, weite Gewand ab,
stand in ihrem düsteren Alltagskleide abseits, mit fest-
aufeinandergepreßten Lippen.
Sie litt furchtbar. Ein schauerlicher Blick Fritz Wendts
streckte sie. Aber er wagte kein einziges Wortchen.
Eben reichte sich der am Boden Liegende.
„Schließen Sie die Tür des Nebenimmers zum Flur,
damit der Mensch nicht entweichen kann“, rief Jürgen Bri-
gitte zu, die stumm seinen Auftrag sofort ausführte.
Schon öffneten sich Karl Wendts Augen, wir schaute
er umher. Sein Blick blieb an seiner Frau haften, tastete
sich zu dem Sohne, und er begriff sofort, daß der Plan
mißglückt war.
Er setzte sich halb auf, in seinem Kopfe brummte es
böse. Beide Hände hob er hoch und drückte sie gegen die
Schläfe, hinter denen von Jürgen's Schlag wahnsinnige
Schmerzen rumorten.
Er verharrte sich abwartend.
Seine Frau fauchte ihn an.
„Tölpel, das Spiel ist verloren! Es hat keinen Zweck,
zu leugnen, der Mensch weiß alles!“
Ihr Haupt machte eine bezeichnende Bewegung zu Jür-

Aus der Rheinprovinz.

(Um den Namen der Stadt M.-Gladbach.) Vom
städt. Presseamt wird der Westf. Vdzg. mitgeteilt: Die
Frage der eventuellen Änderung des Stadtnamens ist am
Freitag in der Sitzung des Vorkommensauschusses eingehend
erörtert worden. Zur weiteren Beratung wurde die An-
gelegenheit dem Finanzausschuß überwiesen.
Als ein Opfer des Weltkrieges starb dieser Tage
der städtische Totengräber von Ahrweiler, der sich bei
der Umbettung von im Weltkrieg Gefallenen eine schwere
Leichenvergiftung zugezogen hatte.

Aus dem Kreise Malmédy.

* St. Vith, den 10. Februar 1931.

* Deutsch-belgischer Expreßguttarif. Ab
1. März können Sendungen als Expreßgut durchgehend
zwischen Deutschland und Belgien abgefertigt werden. In
den deutsch-belgischen Expreßguttarif sind etwa 150 deutsche
Bahnhöfe einbezogen. Nachnahmen sind bis zum Höchst-
betrage von 1000 M. zugelassen.

Die Spargelder müssen geschützt werden

durch die Sparer selbst. — Eine sichere Gelbanlage erfolgt
bei einer Sparkasse, die, wie die Bezirks Sparkasse
Malmédy, der Aufsicht der Regierung untersteht und deren
Geschäfte durch die Gemeinden des Bezirks garantiert sind.

(Borromäusbibliothek St. Vith.) Im vergangenen
Jahre 1930 hatte die Bücherei 53 Mitglieder und 13
Lefer. Erstere erhielten im vergangenen Herbst recht
wertvolle Büchergaben für ihre Vereinsbeiträge. An
Büchern wurden im Laufe des Jahres verliehen: aus der
Abteilung B (Romane, Novellen) 1922, aus der Abteilung
J (Jugendbücherei) 278, aus der Abteilung K 61, aus
der Abteilung G: 20 Bände; insgesamt also 2281 Bücher.
Ein Mißstand hat sich leider noch nicht beseitigen lassen,
daß die Bücher zum Teil viel länger als es sein sollte, von
den Lesern behalten werden. Nach der Bibliotheksor-
dnung ist die Leihfrist auf höchstens 4 Wochen festgesetzt.
Der Grund liegt zum Teil darin, daß, entgegen den Be-
stimmungen, die Bücher an Dritte weiter geliehen werden.
Dadurch werden sie unrechtmäßig den Mitgliedern vorant-
halten und auch wird dadurch die Bücherei um die kleine
Leihgebühr gebracht, die doch bitter notwendig ist, um nach
und nach einige Neuanschaffungen von Büchern zu machen.
Bei den hohen Kosten der Bücher in deutscher Sprache ist
dies doppelt zu beklagen. Eine neue Regelung der Kon-
trolle, die eintreten soll, sobald die Vorarbeiten dafür
beendet sind, wird dem Nebelstunde wohl etwas abhelfen.
Mitglieder für 1931 können noch am kommenden Son-
ntage ihre Beiträge einzahlen. Da es vielleicht das letzte
Jahr ist, daß die Zentrale in Bonn die niedrigen Vorzugs-
preise für Neubelgien aufrecht hält, sei nochmals zum Er-
werb der Mitgliedschaft eingeladen. Mit einem kleinen
Ortszuschlag sind die Beiträge: 40, 20 oder 10 Fr. in den
drei Klassen. Für diese Beiträge kann jedes Mitglied
dann eine Büchergabe sich wählen, die im Februar oder
März zu wählen ist und im Juli-August geliefert wird.

Aus dem Vereinsleben

(Beiträge unter dieser Rubrik werden im Interesse der Vereine
kostenlos aufgenommen)

* Am Sonntag, den 8. Februar fand der diesjährige
Preiswettbewerb des Streichorchesters statt. Der
Ball war gut besucht. Es waren jedoch wenig kostümierte
Matten anwesend. Die Namen derjenigen, die als Sieger
aus dem Wettbewerbe hervorgingen sind folgende:

1. Preis Frl. Mimie Remy-Boquay als Schornsteinfeger
2. Preis Frau Scheufler, Malmédy als St. Nikolaus
3. Preis Frl. Elli Meurer als Holländer
4. Preis Herr Nito Jöhnen als Wochenendler
5. Preis Frl. Maria Dehez als Pierette
6. Preis Herr Alois Hilgers als „Dummer August“
1. Trophäepreis Herr Bernh. Richter, Lammersdorf als Neger
2. „ Frl. Lieschen Schulzen als „Persische Rose“
3. „ Frl. Luise Biv als Pierrot
4. „ Frl. Maria Schulzen als „Persische Rose“
5. „ Frl. Maria Genten als „Spanische Tänzerin“
6. „ Frl. Lily Werner als „Deutscher Michel“

gen Hinder.

„Mutter!“ mahnte Fritz Wendt. Er litt Folterqualen.
Karl Wendt hatte mit blödem Gesicht am Boden. Ihm
war im Augenblick alles gleichgültig, ein Schluck Wasser
erschien ihm jetzt das Wertvollste und Erstrebenswerteste
der Welt.

Er ächzte: „Brigitte, erbarme dich, gib mir zu trinken.“
Brigitte wollte dem Wunsch nachkommen.
Jürgen wehrte ab.

„Aus dem Glas, das Ihren Lippen diente, soll der
Schluck nicht trinken, und Sie dürfen ihm keinen Dienst
leisten, Sie haben keinen Grund dazu.“

Fritz nahm den umgefallenen Becher der Thermo-
flasche, aus dem der Tee ausgelaufen war, füllte ihn mit
Wasser und reichte ihn dem Vater.

Der trank gierig und stöhnte: „Mehr, mehr!“
Mathilde Wendt war zur Medusa erstarrt. „Wasch-
lappen!“ sprang es hart über ihre zusammengepreßten
Lippen.

Jürgen sah sie verächtlich an. „Sie haben den Mut
der Frechheit bis zuletzt.“

Er nickte Brigitte zu.
„Wir wollen zu Ende kommen, denn diese Szene ist zu
unerquicklich für Fräulein Hellmer.“ Er sah Fritz an.

„Sie bitte ich jetzt zu gehen, Ihre Person scheide von
nun an aus, denn Ihr Verhalten, Ihre wenn auch sehr
späten Gewissensbisse nehmen Ihnen das Zeichen der
Schuld, das Ihre Eltern tragen. Sie werde Ihren Eltern
jetzt Bedingungen stellen, die sie annehmen oder ablehnen
können. Beide haben es in der Hand, frei auszugehen
oder verhaftet zu werden!“

Fritz wollte sich der Mutter nähern. Sie wandte sich
schroff ab.

Da entfernte er sich auf den Zehenspitzen. Brigitte
schloß ihm nebenan auf. Aber beide wechselten kein Wort
dabei.

Nachdem Brigitte zurückgekehrt war, begann Jürgen:
„Ich habe diese Bedingungen nicht mit Fräulein Hell-

* Der Lichtbildwettbewerb des Verkehrs-
ausschusses der Stadt St. Vith hatte folgendes
Ergebnis:

1. Preis 100 Fr. Katharinentrirche und Umgegend aus der
Vogelschau, 98 Punkte Frl. Adele Bomers,
St. Vith
2. Preis 50 Fr. Klingstraße vom Bächeler Turm aus
97 Punkte Frl. Josefina Doepgen, St. Vith
3. Preis 30 Fr. Marktgasse 54 Punkte Frl. Hedwig Biv,
St. Vith.

Zum Anlauf gewählt wurden ferner die Bilder: Brücke
am Salhauserweg 34 1/2 Punkte, Marktgasse 81 Punkte,
Gesamtansicht 27 Punkte, Partie an der Brümmerstraße 20 Punkte
von Frl. Adele Bomers. Villa Eulenburg 23 Punkte,
Buschmanns Weiher 21 Punkte von Frl. Josefina Doepgen.
Marktgasse 30 Punkte von Frl. Hedwig Biv. Die vor-
genannten Bilder gehen mit allen Rechten in den Besitz des
Verkehrsausschusses über.

Polizei-Verordnung
betreffend die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung
und Sicherheit.

Auf Grund Artikel 78 des Gemeindegesetzes hat der
Gemeinderat von St. Vith beschlossen, für den Bereich der
Stadt St. Vith nachstehende Polizeiverordnung zu erlassen:
Art. 1. Verkleiden oder maskierten Personen ist es
verboten, auf Straßen und öffentlichen Plätzen, sowie in
öffentlichen Lokalen, insbesondere bei Tanzlustbarkeiten, Ple-
bis- oder Schußwaffen bei sich zu führen, die Ehrbarkeit
durch Äußerungen oder Gebärden zu verletzen.

Jede maskierte Person ist verpflichtet, auf Verlangen
eines Polizeibeamten die Gesichtsmaske abzunehmen und
jeder erhaltenen Weisung zu folgen.

Art. 2. Verboten sind alle Verkleidungen, welche gegen
die Religion oder gegen die guten Sitten verstoßen oder
für obrigkeitliche oder Privatpersonen beleidigend sind, Ge-
genstände der öffentlichen Achtung herabwürdigend oder sonst
das Anstandsgefühl verletzen.

Art. 3. Verboten ist ferner:

- a) Singen, Schreien und Musizieren auf den öffentlichen
Straßen und Plätzen in der Zeit von 11 Uhr abends
bis 8 Uhr morgens.
- b) Schießen und Werfen von Feuerwerkskörpern jeder
Art, sowohl innerhalb der Wirtschaften und Tanz-
lokale als auch auf den öffentlichen Straßen und
Plätzen.

Art. 4. Personen, welche auf den Straßen oder in
den Wirtschaften im Umherziehen gegen Entgelt Musik
ausführen oder Schaukellungen oder sonstige Lustbarkeiten
öffentlich darbieten, bedürfen hierzu der polizeilichen Ge-
nehmigung, welche spätestens 24 Stunden vor dem Beginn
der Veranstaltung nachzuweisen ist.

Art. 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden
Bestimmungen werden, sofern nicht Gesetze oder anderweit
bestehende Vorschriften sie mit einer höheren Strafe belegen,
als einfache Polizeübertretung strafrechtlich verfolgt.

Art. 6. Die vorstehende Polizeiverordnung tritt mit
dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

St. Vith, den 11. Januar 1928.
Das Kollegium der Bürgermeister und Schöffen.

Im Auftrage:
Der Stadtschreiber: Der Bürgermeister:
gez. Schneider. gez. Dr. Graf.

Das Kollegium der Bürgermeister und Schöffen be-
scheint, daß vorstehende Polizeiverordnung am 21. Jan. 1928
durch Anschlag und durch Bekanntmachung in der Malmédy-
St. Vither Volkszeitung veröffentlicht worden ist.
St. Vith, den 30. Januar 1928.

Das Kollegium der Bürgermeister u. Schöffen.
Im Auftrage:

Der Stadtschreiber: Der Bürgermeister:
gez. Schneider. gez. Dr. Graf.

Vorstehende Polizeiverordnung wird nochmals zur all-
gemeinen Kenntnis gebracht mit der Bitte, die darin ent-
haltenen Bestimmungen auf das genaueste befolgen zu
wollen.
St. Vith, den 4. Februar 1931.

Im Auftrage:
Der Stadtschreiber: Der Bürgermeister:
Schneider. Dr. Graf.

mer besprochen, aber ich glaube, ihres Einverständnisses
sicher zu sein.“

„Ich lasse Ihnen freie Hand, lieber Herr Inspektor“,
sagte Brigitte leise.

„Lieber Herr Inspektor —“ ästete ihr Mathilde Wendt
nach.

Brigitte wandte sich ab; sie froh bis in das Innerste
des Herzens.

Jürgen stand breit und kraftvoll vor der Frau, deren
Hände er noch immer umspannte. Der am Boden Lie-
gende schien ihm unwichtiger als dieses Weib, dem Haß
und Lüge ihre Lettern auf das starre Gesicht geschrieben
hatten.

Jürgen sagte rau: „Ich will mich kurz fassen. Ich
werde also ein Schriftstück aufsetzen, darin bekennen Sie
beide sich schuldig, einen Mordverfuch an Fräulein Hell-
mer unternommen zu haben und versprechen darin, sich nie
mehr in der Nähe des Kreuzhofes sehen zu lassen. Wenn
Sie dies Papier unterzeichnen, erhalten Sie die Summe
von zehntausend Mark ausbezahlt, mit der Sie sich weitab
von hier eine Existenz gründen können.“

„Blödsinn, so etwas unterschreibe weder ich noch mein
Mann!“ erwiderte Mathilde Wendt, und ihre Augen lagen
voll Trost auf dem weiterzugerichteten Gesicht des Inspektors.

Der beachtete den Einwurf nicht.
„Wenn Sie diesen Vorschlag nicht annehmen, dann bitte
ich Fräulein Hellmer jetzt, die Dienstboten wachzumachen,
und ich lasse dann die Polizei holen und Sie sofort ver-
haften.“

Er zog den Nachttischkasten weit auf. „Da liegt ja
schon der von Ihnen diffamierte Abschiedsbrief Fräulein
Hellmers, meine verehrte Frau Wendt. Den hat der Herr
Bormund, als er den Revolver faßte, geschickt hineingeleitet
lassen.“

Jürgen lachte. „Ja, Frau Wendt, wenn einem die
Hände zusammengehalten werden, kann man solch ein
Briefchen nicht gut wieder an sich nehmen.“

(Fortsetzung folgt.)

